

Universitätsmedizin Göttingen, 37099 Göttingen
G3-55 Strategischer Einkauf und Vergabestelle

G3-5 Geschäftsbereich Materialwirtschaft
Leitung: Dipl. Betriebswirtin (FH) Nicole Schlote



G3-552 Bereich
Volker Schröder

37099 Göttingen **Briefpost**
Robert-Koch-Straße 40, 37075 Göttingen **Adresse**
0551 / 39-65730 **Telefon**
0551 / 39-13065730 **Fax**
v.schroeder@med.uni-goettingen.de **E-Mail**
Aktenzeichen
25. Februar 2026 **Datum**

Maßnahme: **Brandschutzmaßnahme UBFT 2.BA**

Ausschreibungsverfahren über Objektplanung Gebäude
Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb
Vergabe-Nr. 26E045003

Sehr geehrte Damen und Herren,
wir möchten Sie hiermit in der vorgenannten Maßnahme zur Abgabe eines Teilnahmeanspruchs auffordern.
Um Ihnen die Einarbeitung in die Einzelheiten der Ausschreibung zu erleichtern, erhalten Sie nachfolgend
eine Einführung in das Ziel und den Gegenstand der Vergabe.

Bitte lesen Sie sämtliche Unterlagen sorgfältig durch.

Einführung in das Vorhaben

1. Projektbeschreibung

Die Universitätsmedizin Göttingen (im Weiteren: „UMG“) ist Teil der Georg-August-Universität Göttingen. Die UMG umfasst sowohl die Medizinische Fakultät der Universität als auch das Universitätsklinikum. Die UMG hat dabei in der Region Südniedersachsen zahlreiche Alleinstellungsmerkmale inne: Sie ist mit über 9000 Beschäftigten nicht nur der größte Arbeitgeber der Region, sondern mit rd. 1.500 Planbetten auch einziger Maximalversorger und damit Garant der stationären und ambulanten Versorgung der Bevölkerung der Region Südniedersachsen. Daneben zählt die UMG zu den führenden hochschulmedizinischen Einrichtungen in Deutschland.

Das UBFT Gebäude (Untersuchung, Behandlung, Forschung u. Theorie) ist ein sechsgeschossiger Stahlbeton-Skelettbau (Rastermaß 14,40 m auf 7,20 m) in Ortbeton- und Fertigteilbauweise. Zur Aussteifung dienen Ortbeton- Treppenhauskerne und die Steigschächte der Automatischen Waren-Transportanlage (AWT). Die Ebenen 4, 3, 2, 0, 01 und 02 umfassen jeweils ca. 25.000 qm; die Ebene 1 wird durch eine Stahlkonstruktion gebildet und hat eine Fläche von 15.000 qm.

Um eine flexible Raumaufteilung zu gewährleisten, wurden in den Ebenen 4, 3, 2 und 01 umsetzbare 2,85 m hohe Metallwandelemente im Raster von 1,20 m eingebaut. An den Flurwänden und ursprünglich inregelmäßigen Rasterfeldern von ca. 400 qm, die durch Brandmelder überwacht werden, wurden rauchdichte Gipskartonabschottungen in einer Höhe bis ca. 1,45 m an die Rohdecke bzw. an die Unterzüge eingebaut. Die Metallwände sind an den Bandrastern der Mineralfaserabhangdecke befestigt und können aufgrund ihres Aufbaus mindestens als feuerhemmend bewertet werden. Im 1. BA sind feuerbeständige Bestandswände vorhanden, die statt der Gipskartoneinlagen Promabestplatten und asbesthaltige Dichtstreifen enthalten.

Der vorhandene Brandschutz im Gebäude, das 1976 (1. BA) und 1986 (2. BA) fertig gestellt wurde, entspricht trotz der in den vergangenen Jahren bereits durchgeführten baulichen Brandschutzmaßnahmen (drei große Maßnahmen bis 2008 und fortlaufend im Zusammenhang mit Umbauten und Sanierungen) nicht mehr den heutigen Anforderungen. Verantwortlich dafür ist das hohe Maß an Nachinstallationen der technischen Ausrüstung (insbes. im Elektro- und Datenbereich) und die neue Bewertung der eingebauten Elementwandkonstruktionen mit Brandschutzanforderungen.

1.1. Herstellung von feuerbeständigen Wänden zur Schaffung von Brandabschnitten

Im August 2024 lief die Zulassung für die Ritter-Wandelemente mit Brandschutzqualität aus und der Hersteller signalisierte, dass eine Verlängerung nicht mehr vorgesehen ist, daraufhin wurde entschieden die Wandelemente durch Gipskartonwände auszutauschen.

1.2. Herstellung von Rauchdichten Wänden zur Schaffung von Rauchabschnitten innerhalb der Brandabschnitte

Für die Rauchabschnitte werden, unter Beibehaltung der Elementwände, je nach Zustand die vorhandenen Trockenbauschotts ertüchtigt oder neu erstellt. Alle Leitungsdurchführungen werden rauchdicht angearbeitet. Die in den rauchdichten Wänden enthaltenen Rauchschutztüren sollen, so weit möglich, erhalten bleiben. Wo ein intaktes, geschlossenes Türblatt vorhanden ist, wird dieses mittels eines Nachrüstdichtsystems zur Rauchdichtigkeit ertüchtigt. Ggf. werden Türschließer ergänzt.

1.3. Bestandsaufnahme und Entwurfsplanung

Um die Entwurfsplanung für das Projekt erstellen zu können, wurde eine umfangreiche Bestandsaufnahme der zu ertüchtigenden Wände erstellt. Dafür wurde die Ebene 4 in insgesamt 50 Abschnitte unterteilt, in denen die Installationen im Deckenholraum gesichtet wurden. Weiterhin wurden alle Türen, die nach Brandschutzsanierungskonzept eine brandschutztechnische Funktion aufweisen müssen gesichtet und aufgenommen. Das Ergebnis dieser Bestandsaufnahme sind umfangreiche Tabellen zu den im Bestand vorhandenen HLS- und ELT-Installationen.

2. Aufgabenstellung

Der Auftragnehmer (AN) hat im Auftragsfall die Ausführungsplanung gemäß HOAI LPH 5 mit allen dafür erforderlichen fachlichen Beiträgen aufzustellen. Der AN hat diese Leistungen in seinem Angebot gesondert verbindlich zu bepreisen.

Der AG behält sich vor den AN mit der Fortsetzung der Planungsleistungen – soweit diese nicht bereits im Rahmen der Erstellung der Ausführungsplanung erbracht worden sind, optional bzw. stufenweise – entsprechend den Vorgaben des Planungsvertrags – zu beauftragen. Die Aufstellung einer ZBauL für die Beantragung von finanziellen Mitteln ist nicht erforderlich.

3. Leistungsbild

Aufbauend auf der bereits erstellten Entwurfsplanung sind Gegenstand des Auftrags der Objektplanung Gebäude im Sinne der Leistungsphasen 5 bis 8 gemäß Teil 3 Abschnitt 1 § 34 HOAI 2013 in Verbindung mit Anlage 10 zu § 34 HOAI 2013 sowie die im Vertrag und seinen Anlagen beschriebenen besonderen Leistungen.

Gegenstand des Auftrags sind folgende Leistungsbilder, die nach den Bestimmungen des zu schließenden Vertrags optional bzw. stufenweise beauftragt werden:

1. Planungsphase (LPH 5 Ausführungsplanung)
2. Bauvorbereitungs- und Bauausführungsphase (LPH 6-8 Vorbereitung der und Mitwirkung bei der Vergabe der Bauaufträge sowie die Objektüberwachung)

4. Preisbildung

Vorgesehen ist die Abfrage von Pauschalpreisen für die o.g. Beauftragungsstufen. Im Rahmen des Verhandlungsverfahrens können Vorschläge eine davon abweichende Preisbildung eingereicht werden.

5. Anforderungen an den Teilnahmeantrag

Wir bitten Sie auf Grundlage der Projektbeschreibung und den in der Auftragsbekanntmachung genannten Kriterien, für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern die zur Angebotsabgabe aufgefordert werden, einen Teilnahmeantrag einzureichen. Der übermittelte Bewerbungsbogen ist ausgefüllt und unterzeichnet mit den einzureichenden Unterlagen fristgerecht auf der Vergabepattform <https://my.vergabe.rib.de> einzustellen. Der Teilnahmeantrag hat schriftlich in deutscher Sprache zu erfolgen. Eine Kostenerstattung für die Aufwendungen erfolgt nicht.

Die Frist zur Einreichung eines Teilnahmeantrags endet am Montag; 30.03.2026, 11:00Uhr

Die Berichtigungs- und Ergänzungsmöglichkeit seitens der Bieter für vor diesem Termin eingereichte Angebote endet ebenfalls am **Montag, 30.03.2026, 11:00Uhr**

Zur Wertung muss der Teilnahmeantrag vollständig sein, d.h. es müssen alle geforderten Unterlagen und Erklärungen vollständig sowie rechtsverbindlich unterzeichnet sein. Der Bieter wird gebeten, dem Angebot ein Inhaltsverzeichnis voranzustellen, in welchem sämtliche Überschriften mit Seitenzahl aufgeführt sind. Nicht vollständig und nicht ausschreibungskonform abgegebene Angebote führen zur Nichtberücksichtigung des Teilnahmeantrags.

Sämtliche Blätter des AN, einschließlich des Übersendungsschreibens und des Inhaltsverzeichnisses, sind fortlaufend zu paginieren, d.h. mit fortlaufender Seitenzahl zu versehen.

Wegen der Verfahrensart „Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb“ findet ein öffentlicher Submissionstermin nicht statt.

6. Fragen

Fragen zur Ausschreibung sind ausschließlich über die Vergabepattform an die Vergabestelle zu richten. Die Fragen und Antworten werden in anonymisierter Form allen Bietern zur Verfügung gestellt.

Letzte Fragen zum Teilnahmeantrag sind bis spätestens 6 Kalendertage vor Abgabetermin zugelassen.

Die den Bietern übermittelten Antworten werden Teil der Ausschreibungsunterlagen und sind im weiteren Verfahren zu beachten.

7. Rechtsschutz

Die zuständige Stelle für Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren ist die:
Vergabekammer Niedersachsen beim Nds. Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
Regierungsvertretung Lüneburg
Auf der Hude 2
21339 Lüneburg
Telefon: +494131 15-1334, -1335, -1336
Fax: +494131 152943

■ Wir freuen uns auf Ihren Teilnahmeantrag und verbleiben

Mit freundlichen Grüßen

i.A. Volker Schröder